

Streiflichter aus der Geschichte Biberachs

Zum 100. Todestag Matthias Erzbergers am 26. August 2021

Von Dr. Kurt Diemer

Der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wurde am 20. September 1875 in Buttenhausen Stadt Münsingen als Sohn des Schneiders und Postboten Josef Erzberger geboren. Nach seiner Ausbildung im Lehrerseminar Saulgau, die er als Kursbesten abschloss, trat er 1894 in den Schuldienst ein, bevor er 1896 Redakteur der Stuttgarter Zentrumszeitung „Deutsches Volksblatt“ wurde; 1899 war er in Mainz Mitbegründer der Christlichen Gewerkschaften. 1903 für den Wahlkreis Biberach, Leutkirch, Waldsee und Wangen als jüngster Abgeordneter in den Reichstag gewählt, machte er sich als Finanzexperte einen Namen. Seine Kritik an der deutschen Kolonialpolitik sollte 1907 zur Auflösung und Neuwahl des Reichstags führen. Im Ersten Weltkrieg setzte er sich zunächst für Annexionen ein, so z. B. die Eingliederung Belgiens in das Deutsche Reich, wandelte sich aber bald zu einem entschiedenen Verfechter eines Verständnisfriedens; 1916 wandte er sich gegen den totalen U-Bootskrieg und den Völkermord an den Armeniern. In seiner Reichstagsrede am 6. Juli 1917 setzte er sich für einen Frieden ohne Annexionen ein; die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917, die er initiiert hatte, blieb aber ergebnislos. Seit 3. Oktober 1918 Staatssekretär in der Regierung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, unterschrieb Erzberger als Leiter der Waffenstillstandskommission auf ausdrücklichen Wunsch Generalfeldmarschall Hindenburgs am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstandsvertrag und verhinderte so die Ausweitung des Krieges auf Deutschland; ebenso setzte er sich für die Annahme des Versailler Friedensvertrags ein, da er die Einheit des Reiches gefährdet sah und eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen befürchtete. In den Augen der Rechten machte ihn dies zum „Volksverräter“ und „Novemberverschreiber“. Als Minister ohne

Geschäftsbereich mit der Durchführung des Waffenstillstands betraut, war er eine der zentralen Figuren der ersten deutschen demokratischen Regierung unter Reichskanzler Philipp Scheidemann (13.2.–20.6.1919). In der folgenden Regierung unter Reichskanzler Gustav Bauer war er seit 21. Juni 1919 Finanzminister und zeitweise Vizekanzler. In der kurzen Zeit von zehn Monaten begründete er in der nach ihm benannten Steuerreform mit 16 einzelnen Gesetzen die Finanzhoheit des Reichs, das bisher „Kostgänger der Länder“ gewesen war, durch den Aufbau einer Reichsfinanzverwaltung und ersetzte die unterschiedlichen Rechtsordnungen der Länder durch ein einheitliches Steuerrecht, das u. a. den direkten Lohnsteuerabzug einführte. Damit legte er die Grundlage für das bis heute geltende Steuerrecht. Ebenso schuf er durch die Eingliederung Württembergs und Bayerns die Reichspost und Reichsbahn.

Da die Erhöhung der Steuerquote die Vermögenden stärker belastete, wurde Erzberger zunehmend zum Ziel der Agitation der Rechten; sein alter Gegner Karl Helfferich, einer der prominentesten Vertreter der extremen Rechten, warf ihm in seiner Broschüre „Fort mit Erzberger“ die Verquickung privater finanzieller Interessen mit seiner politischen Tätigkeit und Steuerhinterziehung vor. Als ein Berliner Gericht in dem von Erzberger angestregten Beleidigungsprozess Helfferich nur zu einer geringen Geldstrafe verurteilte, trat er am 12. März 1920 als Minister zurück und legte sein Mandat nieder. Bereits im Verlauf des Prozesses war am 26. Januar 1920 auf Erzberger ein Mordanschlag verübt worden, bei dem er leicht verletzt wurde; der Täter erhielt lediglich 18 Monate Haft.

Nach seiner Rehabilitation wollte Erzberger, der bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 erneut gewählt worden war, wieder in die Politik zurückkehren, als ihn am 26. August 1921 in Bad Griesbach in einem Auftragsmord die ehemaligen Offiziere Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz erschossen, die in ihm die Weimarer Republik treffen wollten. Sein Begräbnis am 31. August in Biberach in Anwesenheit von Reichskanzler Joseph Wirth, an dem auch

Weihbischof Sproll teilnahm, gestaltete sich zu einem machtvollen Bekenntnis zur deutschen Demokratie; Zehntausende erwiesen ihm die letzte Ehre. 1986 wurde im Biberacher Berufsschulzentrum die Matthias-Erzberger-Schule nach ihm benannt, im Neubaugebiet Bachlangen-Hölzle die Matthias-Erzberger-Straße.

Tillessen und Schulz, die ins Ausland geflüchtet waren, wurden durch die Straffreiheitsverordnung vom 21. März 1933 amnestiert. Nachdem Tillessen im November 1946 unter Berufung auf diese Verordnung vom Freiburger Oberlandesgericht freigesprochen worden war, zog die französische Besatzungsmacht das Verfahren an sich. Das Landgericht Konstanz verurteilte Tillessen im Februar 1947 schließlich wegen Mordes und eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Gefängnis. Nachdem er 1952 Haftverschonung erhalten hatte, wurde ihm die Strafe 1958 auf dem Gnadenweg erlassen; auch die Witwe Erzbergers hatte sich für ihn eingesetzt. Schulz erhielt 1950 eine bereits 1952 zur Bewährung ausgesetzte zwölfjährige Haftstrafe wegen Totschlags.

Vergessen wird gerne der Schriftsteller Erzberger. Nicht nur, dass sein 1902 erschienenes Buch „Die Säkularisation in Württemberg“ auch heute noch von Wert ist: Seine politische Tätigkeit begleitete er mit zahlreichen Veröffentlichungen; die wichtigsten waren 1918 „Der Völkerbund“, „Der Weg zum Weltfrieden“ und 1920 seine „Erlebnisse im Weltkrieg“.

Über den Autor

Der gebürtige Biberacher und vielen als Kreisarchivar im Ruhestand bekannte Dr. Kurt Diemer ist eine Institution, wenn es um die Geschichte der Region Oberschwabens, des Landkreises und die Biberacher Stadtgeschichte geht.

In zahlreichen Publikationen hat er sein Wissen zur regionalen Geschichts- und Kulturforschung unterschiedlichen Leserschichten zugänglich gemacht.

